



## BOLIVIEN

Seit 2003 durchlebt Bolivien nach fast 20 Jahren der Hinwendung zu mehr Demokratie und Marktwirtschaft eine Phase der institutionellen Instabilität. Im Januar 2006 kam die linksgerichtete Regierung unter Evo Morales – einem ehemaligen Gewerkschaftsführer indigener Herkunft – an die Macht, unter anderem aufgrund von ungelösten Problemen in den Bereichen Armutsbekämpfung, soziale Integration, Gleichberechtigung der ethnischen Gruppen und Wohlstandsverteilung. Dies bedeutete einen grundlegenden Wandel der Wirtschafts- und Sozialpolitik hin zu mehr Staatsintervention und Umverteilung.

Status Index	5,75	Rang 64
Status Politik	6,40	Rang 56
Status Wirtschaft	5,11	Rang 74
 <b>defekte Demokratie</b>	 <b>Marktwirtschaft mit Funktionsdefiziten</b>	
Management Index	4,73	Rang 74
Die dargestellten Bewertungen des BTI 2008 entsprechen dem Erhebungsstand vom Frühjahr 2007. Die Bewertungsskala reicht von 1 (niedrigster Wert) bis 10 (höchster Wert).		

Strukturelle Probleme, vorrangig in den Bereichen Staatlichkeit und Rechtsstaat, behindern politische und wirtschaftliche Fortschritte in einem demokratischen Umfeld. In den vergangenen Jahren bestimmten drei Konflikte die politische Agenda: die Verstaatlichung der Öl- und Gasindustrien, die Autonomiebestrebungen der wohlhabenden Tieflandprovinzen und die Verfassungsgebende Versammlung. Letztere war ein zentrales Wahlversprechen von Morales und seiner Partei „Bewegung zum Sozialismus“ (Movimiento al Socialismo, MAS), um die Rechte der indigenen Bevölkerungsmehrheit zu stärken und die politische Partizipation zu erhöhen.

Obwohl Morales weiterhin von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung (hauptsächlich verarmte, indigen geprägte Gesellschaftsschichten im Hochland) unterstützt wird und die Mehrheit im Parlament sowie in der Verfassungsgebenden

Versammlung hat, wurde bisher wenig dafür getan, einen breiten gesellschaftlichen Konsens für das Regierungshandeln herzustellen.

Der Regierung standen aufgrund der hohen Rohstoffpreise steigende Exporterlöse zur Verfügung, die sie für Programme zur Armutsbekämpfung und Bildung sowie zur Verringerung der Auslandsschulden nutzte. Jedoch schrecken die Verstaatlichungen von Schlüsselindustrien vor allem ausländische Investoren ab. Auch blieben Maßnahmen zur Diversifizierung der Wirtschaft bisher weitgehend aus.

Erfolge konnten in den Bereichen Partizipation und demokratische Legitimation verzeichnet werden. Der teils populistische, anti-liberale und staatsinterventionistische Regierungsstil hingegen vertieft gesellschaftliche Spaltungen und erschwert die Konsenssuche. Dies verhindert insbesondere Fortschritte in der Verfassungsgebenden Versammlung.

### KERNASPEKTE DER POLITISCHEN TRANSFORMATION

#### Staatlichkeit und Rechtsstaat

Das langjährige Problem eines defizitären Rechtsstaates besteht weiterhin fort und wurde in letzter Zeit durch wachsende Staatlichkeitsprobleme verschärft. So ist das Gewaltmonopol nicht in allen Landesteilen gleichermaßen durchgesetzt. In Domänen von Großgrundbesitzern und Drogenhändlern haben sich rechtsfreie Räume ausgedehnt. Das Problem mangelnder staatlicher Autorität wird auch in den aktuellen Autonomiebestrebungen der Tieflandprovinzen deutlich.

Zwar existieren landesweit administrative Strukturen, doch sind diese in ihrer Funktionsfähigkeit deutlich eingeschränkt. Die Gewaltenteilung ist als unzureichend zu bezeichnen, obwohl seit 2005 einige Fortschritte erkennbar sind. Das Parlament wurde der Kontrollfunktion gegenüber dem Präsidenten weitgehend nicht gerecht, was durch die absolute Mehrheit der Regierungspar-

tei MAS noch verstärkt wurde. Darüber hinaus sind immer noch große Defizite in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Ahndung von Amtsmissbrauch, Schutz der Bürgerrechte und Unabhängigkeit der Justiz zu konstatieren. Besonders in Justiz und Strafverfolgung waren populistisch motivierte Eingriffe unter Morales häufiger zu finden als strukturelle Reformen.

## **Stabilität der demokratischen Institutionen**

Nach den turbulenten Jahren 2003 bis 2005 mit wechselnden Präsidentschaften und teils gewalttätigen Massenprotesten kam es seit der Amtsübernahme von Morales im Januar 2006 zu einer relativen Stabilisierung der demokratischen Institutionen. Dies hängt auch damit zusammen, dass die lange Zeit diskriminierte Bevölkerungsmehrheit der Indigenas einen der ihren zum Präsidenten wählte und sich die politische Auseinandersetzung wieder mehr von der Straße in die Institutionen verlagerte. Auch das typisch bolivianische Problem der mangelnden Kommunikation zwischen Eliten und einfacher Bevölkerung konnte vorerst durch die Wahl von Morales gemindert werden. Die allgemeinen Wahlen und Referenden (beispielsweise über die Verwendung der Gaseinnahmen) verliefen fair und unter relativ hoher Wahlbeteiligung. Generell akzeptieren alle politischen Akteure die demokratischen Spielregeln. Jedoch bleibt abzuwarten, wie sich die Autonomiebestrebungen einiger Provinzen weiterentwickeln und welche Auswirkungen eine unter der MAS-Mehrheit zustande gekommene neue Verfassung auf die politische Struktur des Landes haben wird.

## **Soziale und politische Integration**

Große strukturelle Probleme der bolivianischen Gesellschaft behindern politische Fortschritte. Die große geographische und ethnische Heterogenität, die teils extreme Armut sowie die langjährige ökonomische und politische Benachteiligung breiter Bevölkerungsschichten lassen keine schnellen Fortschritte erwarten. Das Parteiensystem ist instabil, stark fragmentiert und nur unzureichend in der Gesellschaft verwurzelt. Lediglich

die MAS konnte sich auf nationaler und regionaler Ebene gleichermaßen Gewicht verschaffen. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen und Interessengruppen haben in sämtlichen Gesellschaftsschichten weiterhin großen Einfluss. Die gesellschaftliche Zersplitterung droht durch die populistische Regierungsweise von Morales und die Autonomiebestrebungen der reicheren Provinzen noch größer zu werden. In der Verfassunggebenden Versammlung, in der der MAS die Mehrheit der Delegierten stellt, konnte bisher in keinem Punkt ein übergreifender Konsens gefunden werden.

## **KERNASPEKTE DER WIRTSCHAFTLICHEN TRANSFORMATION**

### **Markt und Wettbewerb**

Zwischen 1985 und 2003 verfolgten die Regierungen, die abwechselnd von den traditionellen Parteien gestellt wurden, eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die auf Deregulierung, Dezentralisierung, Privatisierung und Modernisierung ausgerichtet war. Zwar konnten durchaus Wachstumserfolge verzeichnet werden, jedoch waren diese zu gering und zu ungleich verteilt, um die weit verbreitete Armut und Ungerechtigkeit entscheidend zu mindern. Im Zuge der gewalttätigen Proteste seit 2002 und der Amtsübernahme von Morales erfuhr die bolivianische Wirtschaftspolitik einen tief greifenden Wandel. Der Fokus lag nun auf mehr Staatsintervention, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien (vor allem Öl und Gas) und die staatliche Kontrolle der strategisch wichtigen Wirtschaftssektoren. Besonders deutlich wurde dieser Richtungswechsel bei den Vertragsrevisionen mit ausländischen Firmen im Gasbereich.

Zwischen den wohlhabenden Provinzen des Tieflands und denen des ärmeren Hochlands bestehen weiterhin große strukturelle Unterschiede bezüglich der Exportorientierung der Wirtschaft und der Stärke des internen Marktes. Insgesamt hat sich, begünstigt durch Fehler zunächst beim Privatisierungsprozess und später bei den Verstaatlichungen, trotz anders lauten-

den Absichten die Tendenz zu Monopol- und Oligopolbildungen verstärkt. Ebenso wurde durch die Verstaatlichungen und deren Folgeprobleme der Diversifizierungsprozess der Wirtschaft sowie das Engagement ausländischer Investoren negativ beeinflusst.

## **Privatsektor**

Grundsätzlich bietet Bolivien die Voraussetzungen für einen funktionierenden privaten Sektor. Allerdings entstehen diesbezüglich tendenziell Probleme durch die Verstaatlichungen im Öl- und Gasbereich sowie Landbesetzungen im östlichen Tiefland. Obwohl private Unternehmen prinzipiell frei agieren, existieren politische Restriktionen in mehreren Bereichen. Angesichts der teils gewalttätigen Proteste von Minenarbeitern in den Jahren 2006 und 2007 sind die weiteren Entwicklungen in diesem Bereich noch nicht abzusehen.

## **Sozialordnung**

Soziale Sicherungssysteme sind im ärmsten Land Südamerikas seit jeher lückenhaft und ungleich verteilt. Das größte Problem ist weiterhin die ungenügende soziale Absicherung der großen Bevölkerungsmehrheit vor allem im ländlichen Raum. Die 1997 begonnene Privatisierung der Sozialversicherung hat die Situation eher noch verschlechtert. Seit 2006 wurden die Mindestlöhne unter Morales verdreifacht und dank der gestiegenen Rohstoffpreise zusätzliche Fonds für Armutsbekämpfung und Bildung angelegt. Alphabetisierungskampagnen und Initiativen für eine Landreform kamen hinzu, teils unterstützt von der Regierung Chávez in Venezuela. Insgesamt werden aber nur 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Sozialmaßnahmen aufgewendet. Zudem besteht trotz internationalem Engagement eine ausgeprägte Ungleichheit der Teilhabemöglichkeiten zu Ungunsten der Frauen und der indigenen Bevölkerung fort.

## **KERNASPEKTE DER REGIERUNGSQUALITÄT**

### **Gestaltungsfähigkeit**

Die Fähigkeit der Regierung Morales, Reformen umzusetzen, ist aufgrund der verstärkten Polarisierung als gering zu bezeichnen. Ihr Gestaltungsspielraum war angesichts der hohen Erwartungshaltung ihrer Wählerschaft, der sozialen Proteste und der Verhandlungen mit ausländischen Unternehmen im Zuge der Verstaatlichungen eher gering.

### **Konsensbildung**

Insgesamt sind nur geringe Gemeinsamkeiten der verschiedenen politischen Akteure hinsichtlich der Ausgestaltung von Demokratie und Marktwirtschaft zu konstatieren. Durch die Regierungsübernahme von Morales und seine populistische Politik sind die Spielräume für konsensuale Entscheidungen weiter geschrumpft. Die Autonomiebestrebungen der östlichen Provinzen sind Ausdruck der Entfremdungsprozesse innerhalb der Gesellschaft. Explizit anti-demokratische Kräfte besitzen allerdings derzeit keine politische Relevanz.

### **Internationale Kooperation**

Bolivien, über Jahrzehnte hinweg ein bevorzugtes Land auch der deutschen Entwicklungshilfe, beteiligte sich in den vergangenen Jahren weiterhin an verschiedenen Programmen der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank sowie an Entschuldungsinitiativen der internationalen Gemeinschaft. Insgesamt ist jedoch ein geringeres Interesse an der Mitarbeit in den herkömmlichen internationalen Organisationen zu erkennen. Aufgrund der Neuausrichtung der bolivianischen Politik unter Morales ist insbesondere im wirtschaftlichen Bereich das Vertrauen privater und öffentlicher internationaler Partner zurückgegangen. In den letzten beiden Jahren sind vor allem die Beziehungen zu politisch nahe stehenden Regierungen der Region, insbesondere zur venezolanischen und kubanischen

Regierung, ausgebaut worden. Es besteht ein Interesse an verstärkter regionaler Zusammenarbeit mit anderen linksgerichteten Regierungen, während es mit einigen Nachbarländern (Brasilien, Chile, Peru) gelegentlich zu Spannungen gekommen ist.

Das ausführliche englischsprachige Ländergutachten des BTI 2008 finden Sie unter <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/104.0.html>

Mehr Informationen zum aktuellen Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung unter [www.bertelsmann-transformation-index.de](http://www.bertelsmann-transformation-index.de)